

Steuerzuschlag in Berlin 175 v. H.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten.

Statt 180 v. H. beträgt im Verwaltungsjahr 1918 die Gemeindefiskussteuer für die Reichshauptstadt 175 v. H. Aber die Berliner können dennoch zufrieden sein, da der Magistrat sogar 190 v. H. gefordert hatte. Der ganze Verlauf der Beratungen im Ausschuss wie in der Versammlung selber ließ keinen Zweifel darüber, daß sich für den Satz 175 v. H. keine Mehrheit finden würde. So gab denn Stadtkämmerer Böß gestern den weiteren Widerstand auf.

Aus dem Verlauf der gestrigen Sitzung, bei deren Beginn der zum unbefristeten Stadtrat gewählte bisherige Stadtv. Dr. Kuhlmann durch Oberbürgermeister Wermuth eingeführt wurde, sei folgendes mitgeteilt:

Beim Etat „Gehälter der Magistratsmitglieder“ beantragt der Ausschuss eine Erhöhung der Teuerungszulagen der Magistratsmitglieder. Weiter liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, der Magistrat möge bis zum 1. Oktober eine Vorlage einbringen, durch die eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter aller Beamtenkategorien und der Magistratsmitglieder herbeigeführt wird.

Stadtv. Heilmann (Soz.): Meine Freunde sind einstimmig der Meinung, daß die gegenwärtigen Gehälter der Magistratsmitglieder nicht mehr zeitgemäß sind und vor allem nicht der großen Arbeitslast entsprechen, die der Krieg ihnen auferlegt hat und für die wir dem Magistrat großen Dank schulden. (Beifall.) Bei Gehaltserhöhungen darf aber nicht mit der Spitze begonnen werden. Wir können daher dem Ausfühsantrag nur unter der Bedingung zustimmen, daß unser Zulageantrag angenommen wird, wonach die angestrebte Vorlage auch den Arbeitern eine Erhöhung der Grundlöhne bringen soll. — Stadtv. Cassel (L.): Die Verdienste der Magistratsmitglieder in der Kriegszeit sind hoch anzuerkennen und eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung ihrer Teuerungszulagen ist durchaus gerechtfertigt. Den Antrag auf allgemeine Gehaltserhöhung müssen wir ablehnen. Dagegen beantragen wir eine Entschließung, der Magistrat möge eine Vorlage einbringen auf zeitgemäße Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten. — Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulagen der Magistratsmitglieder gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen, ebenso der Antrag Cassel. Die Anträge auf allgemeine Gehaltserhöhung werden abgelehnt.

Beim Etat der Einkommensteuer erklärt Stadtkämmerer Böß: Nach meiner Auffassung wäre ein höherer Zuschlag als der vom Ausschuss beantragte Satz von 175 v. H. notwendig. Nachdem aber die Annahme dieses Satzes sicher ist, halte ich es für selbstverständlich, daß alle Verwaltungen ihr Bestes tun werden, um auch unter diesen Umständen den Haushalt so durchzuführen, wie es im Haushaltsplan vorgesehen ist.

Darauf wird der Haushaltsplan für das Verwaltungsjahr 1918 in Einnahme und Ausgabe auf 437 903 890 M. festgesetzt. Der Steuerbedarf von 192 756 000 M. wird gedeckt durch Belastung der Staatseinkommensteuer mit 175 v. H., der Realsteuer mit 169,000 v. H. des Gesamtbetrages der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit der Unterbestimmung, daß die Grund- und Gebäudesteuer mit 2,10 M. v. L. des gemeinen Wertes der steuerpflichtigen Grundstücke und die Gewerbesteuer in Klasse I bis IV mit 165 v. H. zur Hebung gelangen, sowie der Betriebssteuer mit 100 v. H. Die Erhebung der Gemeindefiskussteuer vom Einkommen von nicht mehr als 900 M. unterbleibt. — Der Etat wird gegen die Stimmen der U.-Soz. angenommen.

Es folgt die Vorlage über die Einführung der völligen Sonntagsruhe für die Dauer des Krieges in den öffentlichen Verkaufsstellen. — Sozialdemokratische Anträge verlangen die Ausdehnung der Vorlage auf die Banken und andere Gewerbe. — Stadtv. Hamburger (L.): Die Magistratsvorlage entspricht im wesentlichen den Wünschen, die von den verschiedenen Vertretungen der Berliner Kaufmannschaft geäußert worden sind. Deshalb werden meine Freunde ihr zustimmen unter der ausdrück-

lichen Bedingung, daß die völlige Sonntagsruhe nach Friedensschluß automatisch außer Kraft tritt. Die sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab. — Stadtv. Ritter (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Ergänzungsanträge. — Die Mehrheit stimmt unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge der Magistratsvorlage zu.

Die Magistratsvorlage über die Verschönerung Berliner Schulländer aufs Land wird angenommen.

Die Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung entschied sich gestern für einen Steuerzuschlag von 180 v. H. Im übrigen gestaltete sich die Aussprache über den Etat zu einer großen Erörterung über den Zweckverband und die Wahl des Direktors. Als Vertreter der Liberalen wandte sich Stadtv. Dr. Sawinski dagegen, daß der Stadtv. Geheimrat Dröse in der letzten Sitzung erklärt hatte: „Wir Wilmersdorfer stimmen für Steiniger“, und trat lebhaft für Fischbeck und seine gesunden Ansichten ein. Dröse und seine Anhänger hätten sich deshalb für Steiniger erklärt, weil er für ein Wahlrecht sei, das nicht von dem Vertrauen der großen Masse der Einwohnerschaft getragen sei. Diese Rede veranlaßte den Stadtverordneten und Zweckverbandvertreter Prof. Leidia zu einer eingehenden Verteidigung Steinigers als Verbandsdirektor und zu Ausfällen gegen Bohn und Schöneberg.

Die Erhöhung der Lustbarkeitssteuer wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem sich die Versammlung fast übereinstimmend gegen die Kinos im allgemeinen erklärt hatte. Für die Vergebung von Kindern aufs Land wurden 100 000 M. und als Beihilfe für den Bau eines Kreiskrankenhauses in Pankow 20 000 M. bewilligt. Zum Stadtrat anstelle des Stadtrats Mehlführer wurde der Stadtverordnete Heilmann gewählt.